

# Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 45

Sonntag, den 5. November 1922.

4. Jahrgang

Verlags-Gesellschaft „Kodzer Freie Presse“ m. b. H.  
Gottfauer Straße Nr. 88 Geldfernungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortliche Schriftleiter: Albert Breyer.  
(literar. Teil) und Rudolf Rosenfeld, (Politik u. Ed. se). Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzusendung 150) H. vierteljährlich  
Anzeigenpreis:  
für die sechsgepaltene Kleinzeile (Mark 10) —

## Die Wahlen stehen vor der Tür!

In den entlegensten Gehöften unserer Heimat, in jedem Winkel unserer Städte muß bekannt werden, daß jeder Deutsche die Liste

**16**

wählt.

**Rüttelt die müden Geister auf!  
Vertreibt die Laubert aus unsern Reihen!**

**Deutsche Männer, deutsche Frauen,**  
sagt niemals: „Uns kann doch nichts mehr helfen.“ — Das ist nicht wahr.

Denkt an Euch und Eure Kinder, handelt so, als hinge von jedem einzelnen von Euch der gute Ausgang unseres gerechten Kampfes ab.

**Wir haben keine Zeit, müde zu sein!**

## Sein oder Nichtsein.

Die entscheidende Stunde ist gekommen. Tausende und Millionen von Wählern werden heute vor die Wahlurnen treten, lange Reihen und Knäuel von Menschen werden sich vor den Wahllokalen anhäufen. In ganz Polen ist der Sonntag des 5. und 12. November ein ungemein wichtiger Tag, ja, man könnte sagen, ein heiliger Tag. Die Zukunft unseres Heimatlandes, sein böses oder gutes Los kommen zur Entscheidung. Alles steht auf dem Spiel. Werden sich an diesem so folgenschweren Tage unsere Volksgenossen in Stadt und Land wie ein Mann zur Erfüllung ihrer Bürgerpflicht einfinden? Sind sie sich dessen bewußt, daß dieser Tag uns zum Verhängnis werden kann, wenn nicht alle und ein jeder zur Wahl schreitet? Wehe uns, wenn Lauheit, Nachlässigkeit und eine unverzeihliche Kurzsichtigkeit noch die Vorherrschaft in den Herzen unserer Volksgenossen besitzen sollten. Die Todesstunde hätte dann für unseren Volkssplitter geschlagen. Unrettbar möchten wir dem Untergange entgegengehen.

Sollte dies tatsächlich bei uns eintreffen? Gott sei Dank, derartig trostlose Zustände, solch entsetzlicher sittlicher Tiefstand sind bei uns dennoch nicht zu finden. In Tausenden von Herzen unserer lieben Volksgenossen ist ein frischer Geisteszug ein-

gezogen, ein neuer Sinn für die Bedeutung der angestammten völkischen Güter. Klar und deutlich haben sie erkannt, wer sie sind, wohin sie hingehören, was zu tun sei, was alles auf dem Spiel steht. Mit voller Zuversicht und festem Glauben schauen wir dem Siege unserer gerechten Sache entgegen. Der Minderheitenblock ist einzig und allein der politische Verband, der uns vor der Entrechtung, vor Benachteiligung und Unterdrückung in jedem Falle tatkräftig schützen wird. Alle Stände haben im Minderheitenblock ihre Vertreter. Der Arbeiter so gut wie der Landmann, der Bürger und Hausbesitzer so gut wie der Fabrikbesitzer. Die Namen der tüchtigsten und bestverdienstlichsten Männer prangen auf den Kandidatenlisten. Alle sind von dem Wunsch befeelt, den bedrängten Volksgenossen, ganz gleich, welche Lebensstellung der einzelne einnimmt, vor blöder Willkür, vor gemeiner Verhöhnung, vor rücksichtsloser Benachteiligung und Zurücksetzung in Schutz zu nehmen. Mit aller Entschiedenheit werden sie im Sejm für die Verwirklichung der in der Konstitution enthaltenen Rechte der völkischen und religiösen Minderheiten kämpfen. Das Recht auf dem Papier soll endlich mal in die Tat umgesetzt werden, allen Bürgern, abgesehen von ihrer Herkunft und Glaubensbekenntnis soll Gleichberechtigung widerfahren. Und unser teuerstes Gut, für das die Väter Opfer auf Opfer brachten, das sie treu behüteten und bewachten: unsere deutsch-evangelischen Volksschulen werden diesmal zwei mutige Beschützer, zwei tüchtige Kämpfer, die zu den besten des deutschen Lehrerstandes zählen, haben, die alle ihr, der deutschen Schule, drohenden Gefahren, wie Entziehung der Entwicklungsmöglichkeit, gewaltsame Schließung, ungerechte Aufteilung des Schuleigentums — mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Ist dies allein nicht Grund genug, unsere Stimmen für den Minderheitenblock abzugeben? Ohne deutschen Unterricht werden die deutschen Kinder langsam der Muttersprache entfremdet, mit der Zeit gehen sie ihrem Volkstum und Glauben verloren. Unsere Zukunft hier in Polen ist aufs engste mit dem Bestand der deutschen Schule verbunden. Dies wissen nur zu gut unsere Widersacher. Darum allein hat man so viele deutsche Schulen in Stadt und Land geschlossen: man wußte, hier ist unserem Volkssplitter am leichtesten der Todesstoß zu versetzen: Gab es im Jahre 1918 etwa 600 deutsch-evangelische Volksschulen, so zählt heute die amtliche Statistik kaum 197. Und tritt in der Behandlung unserer Volksschulen kein Wandel ein, so bleiben wir binnen kurzer Zeit vollständig ohne Schulen.

Des schweren Kampfes, der noch

nicht ausgefochten wurde und der tapfere, mutige Männer erfordert, wollen wir bei den heutigen Wahlen ebenfalls nicht vergessen.

Überall ein Kampf auf Tod und Leben. Von allen Seiten drohen uns Feinde, scharf man die Waffen, um uns mit Stiel und Stumpf zu vernichten. Darum wachet auf, die ihr schlafet. Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Heute gibt es keine größere Arbeit, keine wichtigere Aufgabe als: hin nach dem Wahllokal und den Stimmzettel für die Liste Nr. 16 abgegeben. Unser Schicksal wird dadurch entschieden. Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau muß sich in ganzer Klarheit und Bestimmtheit die Frage vorlegen: will ich die mir dem Geseh nach zukommenden Bürgerrechte genießen oder soll ich weiterhin in Unfreiheit und Entrechtung leben. Sein oder Nichtsein ist der Wahlpruch des heutigen Wahltages.

Auf, rüstet euch zum Wahlkampf!  
Es fehle um Gottes Willen keine deutsche Stimme!

Es geht um unsere und unserer Kinder Zukunft!

Wer wollte daran zum Verräter werden?

L. G.

## Die deutschen Sejm Kandidaten des Minderheitenblocks.

Liste des Wahlbezirks Lodz-Land, Łask und Sieradz:

August Utta, Lehrer,  
Artur Zerndt, Hausbesitzer,  
Rudolf Drems, Lehrer,  
Gustav Stamm, Webmeister,  
Emil Prochowski, Buchhalter,  
Gustav Schjendel, Landwirt,

Liste des Wahlbezirks Petrikau, Brzeziny:

Weggi Alfred, Buchhalter,  
Breyer Albert, Gymnasiallehrer,  
Kaiser Karl Oskar, Mechaniker,  
Gerke Ludwig, Weber.

Liste des Wahlbezirks Wloclawek, Niebza wa, Lipno:

Karau Jakob, Lehrer,  
Drung Wilhelm, Landwirt,  
Lange Emil, Landwirt.

Liste des Wahlbezirks Konin, Kolo, Slupca, Lenczyca:

Spickermann Josef, Sejmabgeordneter,  
Fiedler Reinhardt, Sparkassenrevisor,  
Kaschube Emil, Landwirt,  
Will Julian, Lehrer,  
Ziebart Heinrich, Landwirt,  
Txiol Hermann, Lehrer.

Liste des Wahlbezirks Plock, Sierpc, Rypin, Pionisk:

Somschor Otto, Redakteur,  
Somschor Gustav, Landwirt,  
Pelikan August, Hausbesitzer,  
Karl Maß, Hausbesitzer.

Liste des Wahlbezirks Lomica:  
Otto Graß, Kaufmann.

In allen übrigen Wahlbezirken, in denen der Minderheitenblock mit seinen Listen auftritt, wurden deutsche Kandidaten aufgestellt. Wenn diese Kandidaten und die Ueberzähligen der Listen, auf welchen als Spitzenkandidaten deutsche Namen stehen, im Sejm auch nicht direkt werden mitarbeiten können, so soll dies auf Beschluß des Deutschen Zentralwahlkomitees in Lodz vom 25. Oktober l. J. indirekt geschehen.

In dieser Sitzung wurde auf Antrag des ersten Vorsitzenden Herrn Dr. W. Fischer beschlossen, nach den Wahlen das Zentralwahlkomitee als eine Art Volksrat beizubehalten. Die Herren Pastor Schedler, A. Kronig, Dr. W. Fischer, Timm, L. Kuk und R. Siedler-Konin wurden beauftragt, ein Reglement für diese Körperschaft auszuarbeiten. Diesem Rat sollen als Mitglieder in erster Linie die deutschen Sejmabgeordneten angehören, alle diejenigen Deutschen, die auf den Sejm- und Senatslisten aufgestellt wurden, sowie aus jeder Ortschaft, die deutsche Bevölkerung hat, Vertreter. Der Rat hat die Pflicht, alle Beschwerden und Gesuche, die die deutschen Interessen betreffen und die von den deutschen Abgeordneten weiter geleitet werden sollen, entgegenzunehmen, zu bearbeiten und dieselben dann den einzelnen Abgeordneten zuzuteilen. Außerdem hat der Rat die Pflicht, das Deutschtum im allgemeinen zu schützen und zu organisieren sowie den Volksgenossen juristische Beihilfe zu erteilen.

Unsere Volksgenossen sehen daher, daß es den Männern, die das Zentralwahlkomitee bilden, um die deutsche Sache ernstlich zu tun ist. Nicht nur um die Durchführung der Wahlarbeit handelt es sich allein, sondern darum, daß unser Volkstum auch nach den Wahlen den Schutz und die Pflege erhält, die ihm hier so sehr notwendig sind.

Ein jeder Deutsche hat daher die heilige Pflicht, heute für sein Volkstum die Stimme zu erheben, indem er in die Wahlurne den Stimmzettel mit der Nr. 16 legt. Keiner, ob Frau oder Mann, Jüngling oder Jungfrau, Greis oder Kranker darf fehlen!

Wir erhalten nachstehende beachtenswerte Beschrift:

Deutsche Volksschullehrer  
wählt Nr. 16.

Im Wahlkreis Lodz-Band werden überall Lehrerversammlungen abgehalten, die einen überaus politischen Charakter tragen. Weil in diesem Wahlkreis der Vizepräsident des Hauptverbandes des Lehrervereins Herr Nowicki aus Warschau als Spitzenkandidat auf der Liste Nr. 3 (Wojnowienie) figuriert, verlor der Hauptverband von jedem Volksschullehrer, daß er, ohne Rücksicht auf seine politische Überzeugung, für die Liste 3 antrete und stimme. Im alten Sejm waren nur 2 Volksschullehrer (Nowicki und Semikowicz), die oft einen schweren Stand hatten, aber dennoch Großes geleistet haben. Es wäre von großer Wichtigkeit, in den neuen Sejm mehrere tüchtige Volksschullehrer durchzubringen. Deshalb werden überall in Dörfern und Städten des Wahlkreises Lodz-Band Lehrerverwahlgomitees gebildet, die mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln sich in den Wahlkampf stellen und recht rege Agitation für die Liste 3 betreiben sollen.

Dieses gibt uns zweierlei zu denken. Erstens, wenn die polnische Lehrerschaft sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in den Wahlkampf zu stellen hat und für eine bestimmte List

eintreten soll, warum darf das denn unsere deutsche Lehrerschaft nicht tun? Warum der langen Kreiswahlkomitees (Kym) von den deutschen Lehrern schriftliche Verpflichtungen sich von jeglicher Agitation fernzuhalten. Was dem einen recht, ja sogar Pflicht ist, sollte doch dem andern billig sein. Wo ist die Gerechtigkeit, wo die Gleichberechtigung? — Zweitens, wenn die polnische Volksschullehrerschaft des Wahlkreises Lodz-Band für die Liste 3 eintreten soll, weil auf derselben der Spitzenkandidat ein Volksschullehrer ist, so sollte die gesamte deutsche Lehrerschaft dieses Wahlkreises mit noch größerem Eifer für die Liste 16 eintreten, weil der Spitzenkandidat dieser Liste ebenfalls ein Volksschullehrer und dazu aber auch ein Deutscher ist. Herr Utta, der unter der hiesigen deutschen Lehrerschaft ebenso bekannt ist, als Herr Nowicki unter der polnischen, wird selbstverständlich auch für die allgemeinen Schul- und Bildungsinteressen des ganzen Landes in solchem Maße einzutreten verfahren, als Herr Nowicki. Aber er wird und muß auch die Schulinteressen unserer deutschen Volksschule verteidigen. Deshalb verlangen auch wir von allen unseren deutschen Volksschullehrern hierzulande, daß sie mit allen Kräften die Liste 16 unterstützen und für dieselbe agitieren möchten. Es darf sich niemand einschüchtern lassen und das Gewehr frühzeitig ins Korn werfen. Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere heilige Pflicht, für die 16 zu agitieren. Polen ist unser Vaterland. Zudem wir der 16 zum Siege verhelfen bauen wir dieses unser Vaterland auf; wir verhüten, daß aus unserem Vaterlande ein Bedrückterstaat wird; wir verhelfen der wahren Demokratie zum Siege. Die 16 will nicht zerstören, sondern aufbauen!

H. Bernhardt.

### Nur im Minderheitenblock haben die Evangelischen eine Vertretung.

Der „Głos Ewangelicki“ nimmt in seiner letzten Nummer die Vertretung der Evangelischen im Sejm für die Liste der „Unja Panstwowa“ in Anspruch und fordert alle evangelischen Glaubensgenossen, vor allem aber die deutschen Landwirte, die er diesmal „Brüder“ nennt, auf, für die Liste Nr. 10 zu stimmen.

Die für den Wahlkampf von Generalsuperintendent Bursche gegründete Partei „Demokratyczna Unja Panstwowa“, hat, wie die Dinge stehen, einzig und allein nur in der Hauptstadt Aussicht, einen Kandidaten durchzubringen. Und dieser Kandidat ist, wie wir bereits in unserem Artikel „Der Głos Ewangelicki — ein schlechter Berater“ ausführten, Herr Bukowiecki, Chef der Staatsanwaltschaft, somit ein Katholik. Einen anderen Kandidaten durchzubringen, wird dieser Partei unmöglich sein, wodurch alle für diese Liste abgegebenen Stimmen verloren gehen und somit zum größten Teil unseren Feinden, den großen polnischen Parteien, zugute kommen werden.

Es wird somit kein Schutz der Evangelischen geschaffen, wenn sie ihre Stimmen für diese Partei abgeben würden, sondern ein weiteres Verflachen der Interessen unserer evangelischen Kirche, da wir so und somit Stimmen von denen abzählen müßten, die für die tatsächlich evangelische Liste 16 des Minderheitenblocks abgegeben werden müssen.

Wenn der „Głos Ewangelicki“ in seiner reinen Art uns auch weiterhin zu denunzieren versucht, wir ständen nicht auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit und seien die polnische Hekate, so können wir demgegenüber feststellen, daß

nicht nur unsere bisherige Vorwahlarbeit einen jeden eines besseren belehren mußte, sondern die Namen unserer Kandidaten für sich selbst sprechen.

Gerade, wenn es sich darum handelt, Vertreter unserer evangelischen Kirche zu haben. An sichereren Stellen haben wir auf den Listen des Minderheitenblocks Kandidaten aufgestellt, die sich um die evangelische Kirche bereits große Verdienste erworben haben. In den Tagungen der Synode der evangelischen Kirche haben die Herren Utta und Spickermann bewiesen, daß es sich ihnen ernstlich darum handelt, den Frieden in der evangelischen Kirche zu erhalten. Auch die Herren Somschor (Kandidat für den Kreis Plock) und Karau (Wloclawek) sind Evangelische, die für eine reine evangelische Kirche einzutreten verstanden. Selbst der erste Senatskandidat der Wojewodschaft Lodz, Herr Karl Stüdt, ist Synodaler und Mitglied des Kirchenkollegiums der St. Trinitatisgemeinde zu Lodz.

Die Reklame des „Głos Ewangelicki“, daß die „Unja Panstwowa“ Verteidiger der Interessen der Evangelischen stellen wird, ist sehr billig, denn diese Behauptung ist unwahr. Wir warnen unsere Glaubensgenossen davor, diesen Polonistoren zu glauben, da sie selbst von ihrem früheren Freunde, dem Pater Lutoslawski erkannt wurden, indem er ihnen den Rücken kehrte und selbst seine Liste der „Chijena“ für zu schade hielt, sie mit den Namen Bursche, Machiej, Ewert usw. zu verschönern.

Daß der „Głos Ewangelicki“ uns noch weiter denunziert, nachdem seine geistigen Führer selbst von den „Chijena“-Leuten erkannt und verlassen wurden, kann uns nichts schaden, denn wir haben die Wahrheit zur Waffe.

Unsere evangelischen Glaubensgenossen aber wissen es ganz genau, daß die Kandidaten des Minderheitenblocks nicht nur ihre völkischen, sondern auch ihre kirchlichen Interessen vertreten werden, und deswegen werden sie für keine andere Liste stimmen, als nur für die Liste 16.

L. K.

### Die deutsche Wahlbewegung.

Was hat der Wähler zu beachten?  
1. Der Stimmzettel.

a) Der Stimmzettel muß von weißer Farbe sein.  
b) Der Stimmzettel soll von solcher Größe sein, daß er in den im Wahllokal gelieferten amtlichen Briefumschlag, der ein Format von 9x12 Centimeter hat, möglichst ungebogen hineingehet.

c) Auf dem Stimmzettel steht nur die Zahl 16, die mechanisch aufgedruckt oder geschrieben sein kann. Jeder sonstige Zusatz ist unstatthaft.  
d) Laßt euch keine falschen Stimmzettel in die Hand drücken! Nehmt die richtigen Stimmzettel nur von euren Vertrauensleuten entgegen!

### 2. Die Abstimmung.

a) Der Abstimmungstag ist:  
für die Wahlen zum Sejm: Sonntag, der 5. November;  
für die Wahlen zum Senat: Sonntag, der 12. November.

b) Die Abstimmung fängt um 9 Uhr früh an und dauert ohne Unterbrechung bis 9 Uhr abends. Wählt möglichst am Vormittag!

c) Die Abstimmung findet öffentlich in folgender Weise statt: Der Wähler tritt an den Tisch, an dem die Wahlkommission sitzt, und nennt seinen Familiennamen und Vornamen. Nachdem das protokollführende Mitglied festgestellt hat, ob der genannte Vorname und Familienname sich in der Wahlliste befinden, erhält der Wähler einen abgestempelten Briefumschlag für die Abstimmung, tut seinen Stimmzettel in ihn hinein und übergibt ihn dem Vorsitzenden der Kommission, der den Stempel auf dem Briefumschlag prüft und lehteren,

ohne sein Inneres anzusehen, in die Wahlurne wirft.

- d) Die Wähler, die wegen körperlicher Gebrechlichkeit die in diesem Artikel bezeichnete Tätigkeit nicht ausüben können, dürfen sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen.
- e) Jeder Wähler muß zur Wahl ein Ausweispapier mitbringen und dem Vorsitzenden der Wahlkommission auf Verlangen vorzeigen. Als Ausweispapier gelten: Paß, Steuerzettel usw. — Wird das vorgelegte Ausweispapier als nicht genügend erachtet, so hat der Wähler zwei Zeugen beizubringen, die mindestens einem Mitglied der Wahlkommission bekannt sein müssen.

Der Block der Minderheiten entfaltet in Kongresspolen und den Ostgebieten eine rege Agitationstätigkeit. Die Deutschen beteiligen sich eifrig an der Arbeit im Interesse des Minderheitenblocks auch in den Bezirken, wo sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt haben, sondern ihre Stimme für einen Juden, Ukrainer oder Russen abgeben werden. Das ukrainische Zentralkomitee geht mit seiner Arbeit in jedes Dorf und hat in allen Ortschaften ukrainische Wahlkomitees organisiert, die in engem Kontakt mit den jüdischen Komitees arbeiten. Nach einer Meldung der „Nowiny Codziennie“ begrüßt die ukrainische Bevölkerung ihre politischen Führer enthusiastisch bei den Wahlversammlungen; besonders populär sind diejenigen unter ihnen, welche auch für die Sache der Arbeiter und Bauern eintreten. Die Weißrussen und Russen zeigen nicht weniger energisches Nationalbewußtsein und agitieren für die Sache des Minderheitenblocks. Der Wahlkampf gegen die sich absondernde Gruppe Balachowitsch und anderer geht günstig vorwärts, da diese Gruppe auf dem Lande gar keinen Einfluß hat und sich nur aus ein paar bezahlten Agitatoren zusammensetzt. Die eintrachtige, angestrenzte Arbeit aller Nationalitäten gibt uns die Gewähr, daß die Liste des Minderheitenblocks Nr. 16 eine hinreichende Menge von Abgeordneten zum Sejm der Minderheitsrechte aller Minderheiten und einer wirklich demokratischen Einrichtung des polnischen Staates in den Sejm bringen wird.

Auf einer in Wilna abgehaltenen Versammlung unter Leitung des weißrussischen Führers Luckiewicz nahmen 115 bevollmächtigte weißrussische Delegierte teil. Aus ihren Berichten geht hervor, daß die politische Aufklärung unter den Massen der weißrussischen Bevölkerung von Tag zu Tag wächst. Es verstärkt sich auch das Bewußtsein, daß eine weißrussische Vertretung im Sejm nötig ist. Die weißrussischen Bauern interessieren sich gegenwärtig für die Wahlen und nehmen die Agitatoren des Blockes begeistert auf. Das Verständnis für den Block der nationalen Minderheiten ist vollkommen, und alle „gefälschten“ und zu Wahlzwecken von den Polen plötzlich hergestellten Weißrussen finden nur bei einer ganz kleinen Clique von Dorfschreibern Anhang. Die Bauern der Ostgebiete wenden sich energisch gegen das Auftreten des früheren Generals Balachowicz, Alexiuk und anderer, die den Block bekämpfen.

Die Organisationsarbeit im Wahlkreis 26 geht gut vorwärts. Herr König veranstaltete am Sonntag, den 22. d. M., eine Wahlversammlung in Lublin, die sehr gut besucht war und die Anwesenden für den Minderheitenblock begeisterte. Von Lublin begibt sich Herr König nach Lubartow und von dort zu die großen deutschen Kolonien: Wola Borsowa, Antonin, Starz 86, Zawady, Jurawnic, Jaskopol, Rajolin und Gocow.

Herr Otto Schmidt begab sich nach Chelm, wo er die dortigen wenig zahlreichen Deutschen in einer kleinen Versammlung über den Minderheitenblock informierte. Nach Fühlungsnahme mit dem

ukrainischen Komitee begab sich Herr Schmidt nach Ruda-Opalin, wo eine große Versammlung einberufen worden war. Diese Versammlung bewies, daß das Interesse der deutschen Bevölkerung für die Wahlen sehr rege ist. Alle Anwesenden erklärten sich ohne Ausnahme für die Liste 16. Für jedes Dorf wurden Vertrauensmänner gewählt. Als Wahlausschüß für die Dörfer Ruda-Opalin, Maryn, Jarubin, Chrowowa, Larnowa, Karlow, Poczajka, Ssuczowka und Marpin, wurden die Herren Hermann Stanke, Alexander Zielle und Johann Berner gewählt. Sitz des Ausschusses ist Ruda-Opalin. Außer den genannten Herren fand noch die Herren Karl Jehan und Gustav Banjemeyer eifrig für die Sache des Blocks tätig. Am Montag begab sich Herr Schmidt nach den Dörfern Bukowa, Biaski und Lomowa. Am Dienstag wurde die Bearbeitung des südlichen Teiles des Kreises Schem in Angriff genommen.

Am Sonntag, den 15. Oktober, fand in Konin eine Vorwahlversammlung statt. Der jüdische Kinosaal war dicht gefüllt. Herr Spickermann hielt zuerst eine deutsche Ansprache, in welcher die Wahlen von 1919, die Bildung der Deutschen Volkspartei, die Konstitution, das neue Wahlgesetz, sowie der Minderheitenblock geschildert wurden. Mehrere Polen versuchten die Versammlung zu stören und forderten u. a. den Redner auf, polnisch zu sprechen. Herr Spickermann ließ sich aber nicht einschüchtern und sprach weiter deutsch. Sodann ergriff Herr Fiedler aus Konin das Wort, indem er in polnischer Sprache die Anwesenden über die konstitutionelle Gleichberechtigung einerseits und die Heereien der polnischen Rechtsparteien andererseits aufmerksam machte. Das ungerechte Wahlgesetz sowie der Zweck des Minderheitenblocks wurden dabei ebenfalls kurz erläutert. Zum Schluß bemerkte der Redner noch, daß die Minderheiten nicht schädliche Elemente des polnischen Staates seien, sondern rationelle Landwirtschaft und Industrie ins Land schafften. In einigen klaren Worten erklärte noch Herr Spickermann in polnischer Sprache, daß es weit besser wäre, wenn alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität an dem Aufbau des Staates teilnehmen würden. Die technische Seite der Wahlen wurde ebenfalls in deutscher und polnischer Sprache erläutert. Die Versammlung verlief ganz ruhig. Beim Hinausgehen gab man den Minderheiten recht und fand es als selbstverständlich, daß auch ihnen Mandate zukämen.

Am 16. Oktober wurde eine Vorwahlversammlung in Doly abgehalten. Herr Spickermann sprach über die vorigen Wahlen und schilderte die Bedrängnis, welcher die Deutschen hierzulande bis jetzt ausgeführt waren. Der Redner gab dann ein kurzes Bild der bisherigen Sejmarbeiten und der Agrarreform. Herr Fiedler erläuterte darauf den technischen Wahlvorgang. Zum Schluß sprach noch Herr Spickermann über das Genossenschaftswesen und forderte die Anwesenden auf, dieser Bewegung sämtlich beizutreten.

Am 17. Oktober wurden Versammlungen in Genowefa und Daniszew abgehalten. Herr Spickermann machte hier die Versammlungen auf den Niedergang des deutschen Schulwesens aufmerksam und betonte dabei, daß alle Deutschen einig sein müßten, denn andernfalls gingen noch die letzten Schulen verloren. Ermunternde Ansprachen hielten noch Herr Busse aus Genowefa und Herr Hiller aus Daniszew.

Am 18. Oktober wurde eine Vorwahlversammlung in Zagorow einberufen. Herr Spickermann sprach hier über die Bedrückung der Minderheiten in Polen und über die Schulfrage. Die Anwesenden zeigten für die Wahlen lebhaftes Interesse, indem sie sich an einer länge-

16

Nummer Acht ist die Hyäne,  
Wo Korfanty kandidiert —  
Nummer Sechzehn, zeig' die Zähne,  
Daß er sich zum Teufel schiert!

16

ren Aussprache beteiligten. Herr Fiedler sprach noch über die Einrichtung eines konstitutionellen Rechtsstaates, erklärte die Wahltechnik und forderte die Anwesenden auf, sämtlich an den Wahlen teilzunehmen.

Am 19. Oktober fand eine Vorwahlversammlung in Bialobloty statt, zu welcher zahlreiche Landwirte aus nah und fern herbeiströmten. Herr Spickermann erläuterte hier ganz besonders die Agrarreform und die Schulfrage. Es folgte eine lebhafte Aussprache, in welcher die Laueheit der hiesigen Lehrer, sowie deren Abwanderung nach dem Posenischen verurteilt wurden. Mehrere Schulen sind hier seit längerer Zeit unbefestigt, und Abhilfe wird nicht geleistet.

Am 20. Oktober sprach Herr Spickermann auf einer Vorwahlversammlung in Grodziec, welche gut besucht war. Die bisherigen Arbeiten der deutschen Sejmabgeordneten sowie die Agrarreform wurde vorgetragen. Herr Fiedler sprach über die technische Seite der Wahlen. Mit dieser Versammlung wurden die Aufklärungsarbeiten des hiesigen westlichen Wahlbezirks abgeschlossen. Es sollen noch Versammlungen in Łęczycza, Ozorkow, Poddebice, Dobia, Masłaki, Sompino, Babjak und Jzbiica stattfinden.

Am 26. Oktober fand in Guta-Bezinska eine zahlreich besuchte Versammlung statt, welche von Bandanten aus der entferntesten Umgebung besucht war. Herr Spickermann erläuterte den Zweck des Minderheitenblocks und sprach über die bisherige Arbeit im Sejm. Die Deutschen waren darin nur durch zwei, zuletzt durch einen Abgeordneten vertreten, die deshalb auch sehr schwere Arbeit geleistet haben. Zum Schluß erläuterte Herr Spickermann noch die Agrarreform und die Schulfrage. Als zweiter Redner sprach Herr Alexander Bengisch über die technische Seite der Wahlen und forderte alle Anwesenden auf, die Liste 16 zu wählen.

Wie wir erfahren, hat der Papst dem Erzbischof Teodorowicz und dem Krakauer Bischof Sapieha das Kandidieren für den Senat verboten. Wahrscheinlich ist diese Maßregel durch die — berechtigte — Befürchtung, daß die Kirche zu Wahl- und politischen Zwecken mißbraucht werden könnte, veranlaßt worden.

Die „Byzwole“ schreibt, daß jemand absichtlich Stimmzettel auf gefälschtem und weißem Papier mit dem Bilde des Staatschefs Bilubski gedruckt habe. Daß sei eine gemeine List der Feinde, da solche Stimmzettel nicht gültig sind. Wir machen hiermit unsere Wähler auf diese Gemeinheit aufmerksam, da unsere Stimmzettel ebenfalls gefälscht werden können. Nur auf weißem Papier gedruckte Stimmzettel ohne jede Bemerkung sind gültig!

Wir lesen in der „Rzeczpospolita“:

Am Dienstag überfielen Angehörige der Polnischen Sozialistischen Partei und der Polnischen Arbeiterpartei in Srednie Sannik bei Mikulowice (in Oberschlesien) eine von Korfanty einberufene Versammlung. Eine der Angreifer verfehlte

# 16! Deutsche! Heute stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

Korfanj einen Hieb mit dem Stock über den Kopf, während Korfanjs Sohn, der das Auto lenkte, erstlich verprügelt wurde. Die Versammlung wurde gesprengt. Korfanj war gezwungen, sich an die Polizei um Hilfe zu wenden.

## Die Stoßtruppe in Tätigkeit.

Bluttiger Ausgang einer Wählerversammlung.

Am letzten Sonntag hielten die Kandidaten der Liste 16 Abg. Splatt und Zeitungsvorleger Dr. Krull eine Wählerversammlung in Sargorisch (Kreis Neustadt) ab, zu der auch eine große Zahl von Agitatoren der „Ghjera“ aus Neustadt unter Führung eines gewissen Mary herübergekommen waren. Schon während der durchaus ruhigen und sachlichen Ausführungen des ersten Redners Dr. Krull hörte dieses Sprengwort durch banernde Zwischenrufe und durch Sämereien. Es ist, B. bezeichnend, daß einer der Sämerer, als der Redner brüllte: „Wir wollen Frieden, Versöhnung und Veröhnung!“ heftig dagegen protestierte! Nach Schluß der Versammlung, die in dem allgemeinen Lärm und Brüllen endete, wurde dann der Tischler Nögel, Vorstandsmitglied eines katbolischen Arbeitervereins in Neustadt, der in der Versammlung vorher nichts getan hatte, als zur Ruhe zu mahnen, während er ruhig den Saal verließ, hinterwärts durch einen Vorhang in besserer Kleidung eine Steintrappe hinuntergestoßen, so daß er mit einer schweren Kopfwunde blutüberströmt kurze Zeit bewusstlos liegen blieb. Der Rohling verschwand, als man seinen Namen feststellen wollte, feige in der Menschenmenge. Ein Gedärm war weit und breit nicht zu erblicken.

Die „Dirchauer Zeitung“, der wir vorstehenden Bericht entnehmen, wirft die Frage auf: Gehört eine solche „Wahlakt“ der Ghjerristen noch zum Kampf mit geistigen Waffen? — Im übrigen, so fährt das Blatt fort, zeigt dieser Vorfall, daß die Stoßtruppenorganisation bereits in Tätigkeit getreten ist. Was sagen Innenminister und Staatsanwalt zu diesen neuesten Erscheinungen der Gegenwart?

## Ein nationaldemokratisches Panama.

In der Spitze des Hauptausiedlungsamtes in Posen trat im Jahre 1919 ein gewisser Dr. Karasiewicz, gegenwärtig einer der Hauptagitatoren für die Liste 8. In diesem Amt arbeitete er so, daß, nachdem dieses Amt der Gerichtsbarkeit des Hauptlandamtes in Warschau unterstellt worden war, über die verlästliche und räuberische Wirtschaft des Ausiedlungsamtes 10000 Beschlüsse erließen. Verschiedene Blätter in Großpolen bringen zur Zeit Einzelheiten über die Bestechlichkeit und die Mißbräuche aller Art, die sich dort unter dem patriotischen Vorwand der „Entdeutschung des polnischen Landes“ abspielten.

Die erste Klasse der Beschwerden bilden Aussagen von Zeugen, die an Eidesstatt schriftlich bezeugten, daß sie für die Erteilung der sogenannten Auffassung die Beamten des Ausiedlungsamtes bestechen mußten. Die Zeugen sind mit Vor- und Zunamen sowie mit Wohnort angeführt. Desgleichen sind die näheren Umstände angegeben. Die Bestechungen geschahen in verschiedener Form. Manche Schlingel des Nationaldemokratischen Volkstrates begünstigten sich mit ein paar Hühnerchen oder Speck, einer Mandel Eier, Schinken oder Gultur und einer Zugabe von einigen tausend

Mark. Andere verlangten Barbezüge, die sich zwischen 10000 und 2 Millionen Mark bewegten. Von einem der Zeugen verlangte der Beamte die Unterzeichnung eines Wechsels (!). Diesem Kernsten hatte man vorher die Auffassung, d. h. die Erlaubnis des Ausiedlungsamtes zur Übertragung seines Eigentumsrechts versagt. Als er den Wechsel unterschrieben hatte, wurde die vorherige Entscheidung für ungültig erklärt und er erhielt die Auffassung.

Die Beamten des Herrn Dr. Karasiewicz folgten nur dem Beispiel ihres Oberhauptes. Dr. Karasiewicz selbst verkaufte, wie der Abgeordnete Wasilewski auf Grund von Dokumenten behauptet, das Besitztum Wloszczanows an die Aktien-Gesellschaft „Sism“, bei der er Vorsitzender des Aufsichtsrates war. Der Verkauf ging in der Weise vor sich, daß die Gesellschaft des Dr. Karasiewicz 3000 Mark für jeden Hektar Boden einschließlich lebendem und totem Inventar bezahlte, oder für den Acker 750 Mark. Darauf zahlte die Gesellschaft „Sism“ bisher 200000 Mark in eigenen Aktien (!) und 700000 Mark in barem Gelde ein.

Eine andere Aktien-Gesellschaft „Blutno“ kaufte dank Dr. Karasiewicz das Besitztum „Schmielnick“, das eine Fläche von mehr als 70000 Hektar umfaßt, für 1580200 polnische Mark. Und dies geschah am 1. April 1922 also zu einer Zeit, wo die polnische Mark fast ebenso tief stand als gegenwärtig. Dr. Karasiewicz ließ nun die Jahreszahl 1922 auf 1921 umändern, um so den Kaufpreis höher erscheinen zu lassen. Diese Fälschung vollzog der Sekretär Zielniczwicki. Dr. Karasiewicz, der zugleich auch Mitglied der Gesellschaft „Blutno“ war, erließ ein Mandat schreiben, in dem er jeden Käufer einer staatlichen Siedlung im Posenschen verpflichtet, mindestens eine Aktie der Gesellschaft „Blutno“ zu erwerben. Uebrigens hat Dr. Karasiewicz als Leiter des Landamtes sich in Tadel bereits eine Ausiedlungs-Gesellschaft gegründet, in deren Verwaltung er seinen Schwager Sohn Dr. Bries aufnahm. Dieser Gesellschaft sprach er staatlichen Boden in einer Fläche von 34 $\frac{1}{2}$  Morgen als Eigentum zu.

Ansehliche dieser Tatsachen erscheint es bereits als Kleinigkeit, daß Dr. Karasiewicz im Amtgebäude 16 möblierte Zimmer für sich einnimmt, wofür er sich selbst eine Jahresmiete von 2000 M. anlegt.

Diese schändliche Wirtschaft wurde durch eine besondere Unterkommission des Sejm aufgedeckt, die dieses Panama der Nationaldemokraten untersuchte. Nach der Ansicht eines der Mitglieder dieser Unterkommission beträgt der dem Staatszugehörige Schaden acht Milliarden Mark.

## Das politische Abo.

Von Dr. E. v. Behrens.

III.

Zu griechisch heißt das Wort Politik nichts anderes, als die Kunst, ein Staatsbürger zu sein, denn „Polites“ heißt zu deutsch: der Bürger. Somit ist es die erste Pflicht eines jeden Bürgers, sich ständig mit dieser Kunst zu befassen. Da der Bürger eines freien Staates sich so zu seiner Regierung verhält, wie der Wirt im Haushalte zu seinem Hausgenosse, so ist es seine erste Pflicht, unaufhörliche Aussicht über den ganzen Gang des Staatslebens auszuüben. Ein jeder Republikaner hat nicht nur das volle Recht, sondern auch die Pflicht, ständig darüber nachzusinnen, wie und auf welchem Wege das Gemeinwohl in seiner Heimat

am besten zu fördern sei. Noch vor kurzem ist es ganz anders gewesen, wo ein jeder von uns nur Untertan des Kaisers gewesen ist; also kein Wirt, sondern lediglich ein zu blindem Gehorsam verpflichteter Knecht im Hause. Der Kaiser (oder seine Beamten in seinem Auftrage) hatten zu befehlen, Steuern und Rekruten auszuheben, Strafen uns aufzuerlegen, Gnade wanken zu lassen, Anordnungen zu erlassen, uns auf die weiten Schlachtfelder nach der Türkei oder gar nach China und Japan zu treiben, uns durch Papiervoluta, durch Staatsanleihen, Zolltarife und Abgaben aller Art zu peinigen usw. Denn wir waren keine Bürger eines freistaates, sondern nur Untertanen seiner Majestät, wir waren dessen Schergen vollständig ausgeliefert.

Nachdem 1918 die letzten drei Kaiserthrone der Welt unter der Last ihrer blutigen Sünden, welche sie durch den Weltkrieg auf sich wälzten, zusammengebrochen waren, entstand uns die goldene Freiheit der Republik. Die gestrigen Knechte wurden zu Wirten, die gestrigen Sklaven wurden zu freien Herren. Der alte Staatsbeamte, welcher früher stolz in seiner Kanzlei thronte und uns, seine „Bittsteller“, stundenlang vor seiner Türe auf gnädigen Bescheid warten ließ, ist mit einem Male verschwunden. Der neugeschaffene Beamte der Republik ist etwas ganz anderes! Es gibt keine „Bittsteller“ in der Republik und es darf auch gar keine Willkür der Beamenschaft geben. Wir, die freien Wirte im Lande, die wir unsere Gesetze für uns bestimmen, sehen uns selber auch die uns genehmen Leute in Amt und Würden ein, zu denen wir Vertrauen hegen. Wir befehlen diese Leute keineswegs dafür, daß sie etwa den Steuerzahler, aus dessen Hand der Beamte sein Brot isst, von oben herab anherrschen oder gar durch Erpressungen ausplündern, durch Mißhandlungen und Grobheit beleidigen. Die einzige Aufgabe des Söldlings, dem wir zeitweilig unser Vertrauen und das Amt schenken, ist: genau und gewissenhaft denjenigen Befehlen zu folgen, welche wir uns selbst im Parlament vermittelt unserer Abgeordneten (Sejm und Senat) schaffen. Ein jeder Beamte der Republik hat lediglich aufzupassen, daß unsere Befehle, welche wir in unseren Gesetzen für alle Bürger des Staates selbst festlegen, von jedermann befolgt werden. Wenn aber ein Beamter aus Unkenntnis dieser unserer Gesetze oder aus Boswilligkeit anders handelt, so ist es nicht nur das gute Recht, sondern vielmehr die heiligste Pflicht eines jeden ehrlichen Republikaners, gegen diese Handlungsweise sofort seine Stimme zu erheben. Denn ein freier Bürger ist eben Wirt in seiner Heimat, der Beamte aber unterliegt als Knecht des Volkswillens der ständigen Kontrolle der Bürgerschaft — nicht aber umgekehrt, wie es zu Kaiserzeiten einst gewesen. Wenn ein Bürger, welcher im Alltagsleben, also am Eisenbahnschalter, am Postschalter, bei der Steuerzahlung, bei der Rekrutenaushebung, im Polizeikommissariat oder sonst wo eine Fahrlässigkeit, Unordnung oder Ungerechtigkeit bemerkt und nicht sofort laut Alarm schlägt, so wird er dadurch allein schon zum Verbrecher und zum Staatsverräter. Denn er verrät seine Republik, seine Freiheit dadurch, daß er knechtliche Wege einschlägt und Bedrückung an Stelle der Gleichheit und der gerechten Ordnung einzureißen gestattet. Früher, zu Kaiserzeiten, hieß solche Handlungsweise allerdings „Revolution“ oder zumindest „Auflösung gegen die rechtmäßige Staatsgewalt“.

heute, wo wir Bürger selbst die einzige rechtmäßige Staatsgewalt bilden, ist es umgekehrt. Nicht der Bürger, welcher nach Gesehlichkeit sieht, ist Umstürzler, sondern der Beamte, welcher unser Vertrauen mißbrauchen würde und durch seine Willkür im Amte die Wege zur alten Tyrannei ebenen wollte.

Es ist selbstverständlich, daß wir unsere republikanische Freiheit nicht dadurch gut schützen können, wenn wir beim ersten Anblick einer verkehrten Handlungsweise irgend eines Staatsbeamten uns sofort auf denselben stürzen und an Ort und Stelle selbst zu Gericht mit ihm vorgehen. Das würde sicherlich eine allgemeine Verwirrung hervorrufen, welche nur zu unserem eigenen Schaden gereichen würde. Die Volksmasse und zugleich der einzelne Bürger der Republik hat bessere Wege, um seine Rechte und das allgemeine Wohl in Schutz zu nehmen. Der beste Weg ist die parlamentarische Kontrolle.

Das französische Wort *Parlament* heißt deutsch: „Ausprachestelle“ und besteht aus gewählten Vertrauensmännern aller Staatsbürger. Es ist selbstverständlich, daß z. B. in unserer Heimat nicht alle 27 Millionen der Einwohner zugleich ihren Willen zur Geltung bringen können. Dieses wird durch Vermittelung der Abgeordneten, die für die Zeitspanne von 5 Jahren von uns und aus unserer Mitte ordnungsgemäß gewählt werden, im Parlament bewirkt. Es sind im ganzen 555 auserlesene Männer und Frauen, welche wir in den Sejm (444) und den Senat (111) entsenden, damit sie unseren Willen tun und den Geschäftsgang im Staate genau unseren Wünschen entsprechend überwachen.

Somit sind diese unsere Abgeordneten nichts mehr als unsere zeitweiligen Bevollmächtigten, welche sich verpflichtet haben, nicht ihren eigenen Willen etwa in neuen Gesetzen durchzusetzen, sondern unseren Willen, unsere Wünsche und unsere politischen Ansichten. Diese Volksvertreter übernehmen von uns die Pflicht ganz besonders darauf zu achten, daß die schon erlassenen Gesetze — vor allem aber die Grundlagen der republikanischen Freiheit wie sie in der Staatsverfassung einmal niedergelegt worden sind — von der Beamtenschaft beachtet werden. Sollten die alten Gesetze und Vorschriften aber nicht ausreichen oder auch sich für das Allgemeinwohl schädlich erwiesen haben, da hat das Parlament (in Polen vorwiegend der Sejm) neue und bessere Gesetze für uns und in unserem Namen auszuarbeiten.

Es ist wiederum selbstverständlich, daß dieses halbe Tausend unserer Vertrauensmänner sich persönlich kaum auf Schritt und Tritt in die Tätigkeit einzelner Beamten einmischen darf. Solch ein Verfahren könnte ja ebenfalls nur einen Wirtswart in der Geschäftsführung der einzelnen Amtsstellen und auch im ganzen Staatsleben der Republik zur Folge haben. Die Einmischung unserer Abgeordneten geschieht durch das Parlament in ordentlicher Weise indem 15 bis 30 Abgeordnete zugleich eine „Interpellation“ in den Sejm einreichen.

Dieses französische Wort bedeutet: Anfrage, Antrag oder genauer: Eine zur-Rede-Stellung. Bekanntlich ist ein jeder Beamter dem Oberbefehl eines der 12 Minister unterstellt, welche vom Parlament (und auch gewöhnlich aus der Mitte der Mitglieder desselben) eingesetzt werden. Der betreffende Minister wird also zur Rede gestellt, wenn seine untergebenen Beamten sich etwas zuschulden kommen lassen und wir, die Wähler und Steuerzahler dieser Republik, uns über diesen Unfug zu beklagen haben. Es ist offensichtlich, daß es dem Minister schon aus rein persönlichen Rücksichten daran gelegen ist, es nicht mit den Antragstellern zu verderben. Ja, er bemüht sich redlich, daß er möglichst selten im Sejm zur Rede

gestellt wird, denn der Sejm besitzt das Recht, ihm sein Mißtrauensvotum zu erteilen. Das heißt: die Abgeordneten besprechen öffentlich die Mißstände im betreffenden Ministerium und erteilen dem Minister oder gar dem ganzen Kabinett der jeweilig am Ruder stehenden 12 Herren, den guten Rat, sich sofort zurückzuziehen und ihre Posten Tüchtigeren zu übergeben.

Das Wort *Kabinett* ist ebenfalls französisch und bedeutet nichts anderes, als ein Beratungszimmer. Gewöhnlich nennt man die Gesellschaft aller Minister, welche sich in diesem Zimmer unter dem Vorsitz des Tüchtigsten unter ihnen ständig zu Beratungen einfinden, die Regierung. Es heißt: Die „Regierung des Herrn Paderewski“, — „die Regierung Ponikowskis“, — die „Regierung Prof. Nowaks“ oder „das Kabinett Nowaks“.

Wie werden Regierungen vom Parlament eingesetzt? Das ist eine sehr wichtige Frage. Es ist klar, daß wenn tüchtige Männer von Bildung und mit starrm Willen an die Spitze der Geschäftsführung gestellt werden, so arbeitet die ganze Beamtenmaschine gut und zur allgemeinen Zufriedenheit. Und umgekehrt. Nun wissen wir aber, daß sämtliche Fragen im Sejm auf dem Wege der Abstimmung durch einfache Stimmenmehrheit gelöst werden. Dasselbe geschieht auch bei der Wahl der Männer für die Minister-Portefeuilles. Das Wort *Portefeuille* bedeutet in französischer Sprache einfach: Brieftasche, wo der Minister seine Amtspapiere aufbewahrt. Gewiß, sind diejenigen Parteien, welche im Parlament die zahlreichsten Abgeordneten besitzen, stets bemüht, die meisten Ministerposten durch ihre Leute zu besetzen. Denn der Sozialist hofft durch eine sozialistische Regierung den ganzen Gang des Staatslebens auf seine Art zu beeinflussen, den verhassten Kapitalisten und Großgrundbesitzer durch entsprechende Gesetze und Regierungsverordnungen müde zu machen, den Pfaffengeist aus dem Lande auszumerzen u. s. w. Doch auch die entgegengesetzte Partei läßt sich nicht so bald unterkriegen. Da im Sejm auf der rechten Seite des Sitzungssaales sitzen zahlreiche Vertreter der sogenannten „konservativen“ Parteien, welche meist aus Geistlichen, Gutsbesitzern und streng gläubigen Bauern bestehen. Sie möchten alles konservieren (Latein), das heißt beim alten belassen und ja nur keine Liberalen (Latein, bedeutet freisinnig, freiheitlich) Neuerungen einführen. Dort auf der Linken sitzen aber die Liberalen, — meist Städte und alle für den Fortschritt schwärmenden Vertreter der gebildeten Kreise, der Arbeiterschaft u. s. w. In der Mitte des Saales sitzen alle Gemäßigten. Sie nennen sich das „Zentrum“, das heißt lateinisch: die Mitte, die goldene Mitte.

In allen Volksvertretungen, wo es keine völkischen Minderheiten gibt, sehen wir meist diese drei Hauptgruppen, die miteinander durch Stimmenwerbung erhitert kämpfen. So in Deutschland, Italien, Frankreich, England, Schweden, Norwegen, Spanien. Dort ist die ganze Bevölkerung eines Stammes und daher wird in der „Ausprachestelle“ die Debatte (französisch: die Aussprachen, die Reden der Abgeordneten) meist über wirtschaftlich soziale Fragen gehalten. Etwas anders sieht es in denjenigen Staaten aus, wo die Bürgerschaft nicht zu einem und demselben Volksstamme gehört, sondern zu verschiedenen. Dort wird vor allem darüber gestritten, welche Nationalität im Staatsleben den entscheidenden Einfluß haben soll. Die Republiken Polen, Lettland, Litauen, Rumänien und die Tschechoslowakei sind von nicht weniger als von Bürgern aus 4 bis 5 verschiedenen Nationalitäten bevölkert. Bei solchen buntscheckigen Nationen geht es auch recht bunt im Parlament zu. Die völkischen Fragen in betreff der Sprache, der Kirche,

der Schule u. s. w. gewinnen dort eine gewaltige Bedeutung. Die Mehrheit der Bürger, welche den Kern der einheimischen Bevölkerung ausmacht, kann es nicht über ihr Herz bringen, daß außer ihr auch die Minderheiten dieselbe Rolle für sich beanspruchen und gar nicht gesonnen sind, sich zu assimilieren, das heißt ihre völkische und religiöse Eigenart untergehen zu lassen. So ist es z. B., in der Tschechoslowakei und in Polen dazu gekommen, daß eine besondere politische Partei sich gebildet hat, welche eigentlich weder zur Linken, noch zur Rechten der Volksvertretung gerechnet werden kann: Der Verband aller Minderheiten, oder der Minderheitenblock. Das Ziel dieser Partei ist vor allem: sich vor dem Chauvinismus und dem Fanatismus der Mehrheit zu wehren.

Das französische Wort *Chauvinismus* im völkischen (nationalistischen) Sinne bedeutet dasselbe wie das lateinische Wort *Fanatismus*, das im kirchlichen Sinne gebraucht wird, nämlich, den unverrücklichen Eifer, die andersgläubigen und andersstämmigen Mitbürger rücksichtslos zum eigenen Glauben und zum Volkstum der Mehrheit zu bekehren. Chauvinisten sind Leute, welche geistig so beschränkt sind, daß sie es gar nicht einsehen wollen und nie verstehen können, daß dem anderen seine Muttersprache, seine Sitten und sein Glaube zu mindestens ebenso teuer sind, wie ihnen selbst.

Schluß folgt.

## Vom deutschen Schatz.

Von Friedrich Just.

Ein Bayermann pflügte ein Feld. Stellenweise war es arg verwachsen, das Pflügen machte unsägliche Mühe, und der Pflüger wurde müde und mißmutig. Da stieß der Pflüger auf etwas Hartes, und als der Bauer anhielt und nachsah, da hatte er einen kunstvollen Goldschmuck in den Händen. Der stammte aus alten Zeiten und mochte in schweren Zeitaltern hier verborgen worden sein. Der Fund dieses Schatzes machte dem müden Pflüger das Herz wieder weit und gab ihm neuen Mut zu wackerer Arbeit.

Wie auf jenem Felde ist im ganzen polnischen Reiche überall ein Schatz mehr oder minder tief verborgen. Es gehört nur ein deutsches Auge, ein deutsches Herz und eine deutsche Hand dazu, ihn zu finden und zu haben. Deutsche Kultur ist's, deutscher Fleiß und Schweiß, deutsche Kunst, deutsche Arbeit, deutsches Handwerk, deutsches Bauerntum. In den ehemals preussischen Gebieten liegt's offen zu Tage. Man braucht nur die stattlichen öffentlichen Gebäude, Landratsämter und Gerichte, Schulen und Kirchen in den Städten, die schmucken Ansiedlungsdörfer und die prächtigen Schulgebäude auf dem Lande anzusehen. Man braucht nur an den Hochstand von Handel und Wandel, Landwirtschaft und Industrie, Post, Eisenbahn und Flußschiffahrt zu denken.

Deutsche sind's gewesen, die die Kultur nach Osten gebracht haben. Deutsche Klöster, vor allem die Zisterzienser, haben die Wälder gerodet und Sümpfe getrocknet. Und deutsche Bauern haben sie aus dem Westen hergeholt, daß sie ihnen helfen sollten. Die Städte Polens sind mit geringen Ausnahmen deutsche Gründungen. Posen wurde 1253 von Thomas von Grubin als Stadt nach deutschem Magdeburger Recht angelegt, Bromberg 1346 „auf einem menschenleeren und öden Felde“, wie es in der Gründungsurkunde König Kasimirs heißt, von den Deutschen Kesselhut und Konrad angelegt. Ueber das ganze Gebiet aber sind deutsche Kolonistendörfer, holländereien oder hawländerdörfer zerstreut. Die polnischen Könige, Äbte, Klöster und Kirchenfürsten ließen die fleißigen Deutschen ins Land, damit sie durch Krieg und Pest und Unfähigkeit der eigenen polnischen Bau-

ern verödeten Länderen wieder in Blüte brächten. Wer sich mit der Vergangenheit unserer Heimat befaßt, stößt überall im Posener Lande auf diesen deutschen Schatz von Fleiß, Tüchtigkeit, Frömmigkeit, Zähigkeit und Ausdauer. Diese deutschen Städte und Dörfer unterhielten ihre eigenen deutschen Schulen und Kirchen, hatten eigene Dorfsatzungen, sogenannte Dorfwilkküren, schlichteten auch den Streit untereinander und hielten darauf, daß der deutsche Name im Lande stets in Ehren stände.

In Pommerellen aber hat der deutsche Ritterorden dem Lande das deutsche Gesicht aufgedrückt. Die trohigen massigen Burgen und Kirchen im sogenannten Ordensstil, die fruchtbare Weichselniederung zeugen von seiner Arbeit, aber sie geben nur einen geringen Eindruck von dem, was einst das „kulmische Recht“ für das Land bedeutet hat.

Aber der deutsche Schatz ist nicht nur auf die ehemals preussischen Gebiete beschränkt. Wenn man das weitere Polen durchreist, nach Warschau, Krakau, Lemberg kommt, so stößt man überall auf deutsche Kultur. Nicht nur auf die Fabrikstadt Lodz, eine rein deutsche Gründung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auf die deutschen Bauernkolonien Josephs II. in Galizien und die deutschen Kolonisten in Wolhynien, sondern auf viel ältere Spuren. Krakau macht mit seinen Kirchen und Profanbauten, dem Floriansturm, der gotischen Marienkirche, dem Rathaussturm und der Tuchhalle einen deutschen Eindruck. Krakau ist auch von Deutschen gegründet, die ersten Urkunden, Zunftbücher und Stadtordnungen sind in deutscher Sprache abgefaßt, in der Marienkirche ist bis ins 16. Jahrhundert deutsch gepredigt worden. Deutsche Künstler wie Veit Stof, Peter Wunderlich, Hans Dürer haben der deutschen Kunst in Krakau eine Stätte bereitet, Lemberg wird von den ältesten Stadtchronisten Leopold Germanica d. h. das deutsche Lemberg genannt. Und selbst Warschau ist eine deutsche Gründung. Neben dem Dörfchen Warszawa entstand seit 1207 eine deutsche Stadt, die Altstadt. Diese erinnert noch heute an deutsche mittelalterliche Städte. Hier wurden die Ratsakten und Protokolle lange Zeit in deutscher Sprache abgefaßt.

Viele wissen nichts von diesem deutschen Schätze, und doch ist er überall verborgen. Da reichen sich Vergangenheit und Gegenwart die Hand. Deutsche Tüchtigkeit und Fleiß steckt seit alten Zeiten bis in unsere Tage in unserer Heimat Erde. Die Deutschen sind keine Eindringlinge und Schmarroher, sondern Kulturträger und Kulturbringer. Pionieren der Kultur ist nicht das Wohlergehen die Hauptsache, sondern ihre hohe Aufgabe, weichen nicht vor Schwierigkeiten zurück, sondern suchen Mittel und Wege und wenden alle Kraft an, die Schwierigkeiten zu überwinden.

So laßt uns nicht in Verzagttheit, Angst, Kleinmut und Berechnung die Heimat Erde verlassen, sondern nach dem verborgenen Schätze suchen und die Hand fest am Pfluge behalten. Unsere Aufgabe und Pflicht ist es, den deutschen Gedanken, die deutsche Tüchtigkeit, Rechtschaffenheit, Frömmigkeit, die deutsche Kultur aufrecht zu erhalten.

(„Deutsche Nachrichten.“)

## Aus Welt und Heimat.

**Rattowitz.** Evangelische Zusammenkunft. Aus wird geschrieben: Gegenüber der früheren großen Zersplitterung der einzelnen evangelischen Kirchenvereine, macht sich in der Gegenwart immer mehr ein Zusammenschluß der einzelnen evangelischen Kirchen bemerkbar, wie er auf dem Gebiet des Weltprotestantismus durch zahlreiche evangelische internationale Tagungen und im evangelische Deutschland etwa durch die Gründung des evangelischen Kirchenbundes seinen Ausdruck fand. Auch in Polen werden sich die

evangelischen Kreise je länger je mehr zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden müssen. Am 18. und 19. Oktober d. J. versammelten sich in Rattowitz Vertrauensmänner der evangelischen Kirchen und Gemeinden aus Posen-Pommerellen, Dioberschlesien, Wielicz und Kleinpolen zu freundschaftlicher Zuhilfenahme und freier Besprechung gemeinsamer Aufgaben. Neben der Stellung zu den Sekten und zur römischen Gefahr wurde u. a. über eine freie Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiet evangelischer Liebestätigkeit innerer Mission und evangelischer Pressestätigkeit verhandelt. Auch die Frage des evangelischen Religionsunterrichtes und des evangelischen Schulwesens wurde besprochen und namentlich ein gemeinsames Eintreten für die bewährte evangelische Lehrerbildungsanstalt in Wielicz vereinbart.

Für die von einmütigem, brüderlichem Geiste getragenen Verhandlungen hatte die evangelische Kirchengemeinde in Rattowitz einen prächtigen Rahmen geschaffen durch die weitestehende freundschaftliche Gastlichkeit, mit der die Teilnehmer der Konferenz in den Häusern der Gemeindeglieder und bei einem gemüthlichen Zusammensein im Vereinshaus aufgenommen wurden. Auch meisterhafte Darbietungen auf der neuen mächtigen Orgel der Rattowitzer evangelischen Kirche durch Prof. Subrich werden den Teilnehmern in dankbarer Erinnerung bleiben.

**Karthaus.** Schon wieder Zwangsverwalter für Ansiedler. Die „Dirschauer Zeitung“ schreibt: Im Kreise Karthaus haben neuestens schon wieder 5 Ansiedler Zwangsverwalter erhalten. Es handelt sich durchweg um Ansiedler, die seit 1905 ihr Grundstück bewirtschaften, jedoch erst nach dem 11. 11. 1919 die Auslassung erhielten. Sie besitzen die polnische Staatsangehörigkeit. Die Einsetzung der Zwangsverwalter mit ihren Familien geschah ganz unerwartet und ohne daß den Ansiedlern vorher Gelegenheit zum Einspruch gegeben wurde. Es handelt sich um die Ansiedler Klepsch, Krug und Zicht aus Nienpohl und Barent und Dietrich aus Sulmin. So achtet die polnische Regierung die Entscheidung des Völkervertrages!

**Einsturz eines Kirchturmes.** Aus Bin wird vom 17. Oktober gemeldet: Gestern Abend ist der dem XIV. und XVI. Jahrhundert entstammende Turm der Pfarrkirche von Taufkirchen an der Prahn eingestürzt. Im Innern der Kirche wurden durch den Einsturz die beiden Emporen herabgerissen und die Orgel vernichtet. Ein neben dem Kirchenausgang stehendes Haus ist zur Hälfte zerstört worden. Hierbei wurde eine in diesem Hause wohnende Eisenbahnerfamilie verunglückt. Zwei Knaben im Alter von drei und vier Jahren waren tot, während die Mutter und zwei kleinere Geschwister geborgen werden konnten. Der Einsturz des zufälligen Turmes dürfte durch das ungewöhnlich nasse Wetter der letzten Monate beschleunigt worden sein.

**Eine ebensgefährliche Operation.** In Rom wird gemeldet: Vor einigen Monaten kam eine gewisse Beatrice Corsetta aus ihrem Dorfe nach Neapel, um sich an einer Geschwulst, die sich im Munde gebildet hatte, ärztlich behandeln zu lassen. Sie begab sich zu diesem Zweck zu dem Dr. Marmeli Spinelli, der gegen die Geschwulst Radium anwandte. Unschlüssigerweise glitt aber eines Tages während der Behandlung durch eine Beweunung, die die Patientin mit der Zunge machte, das Städtchen Radium das einen Wert von 70 000 Lire darstellend, die Speiseröhre und gelangte auf diesem Wege in den Magen. Das gab der Kranken sofort starke Abführmittel ein, aber jeder Versuch, das Radium aus dem Magen zu entfernen, erwies sich als vergeblich. Die Situation war um so kritischer, als das Verbleiben des Radiums im Magen eine ernste Gefahr für die Patientin be-

deutete. Dr. Spinelli entschied sich unter diesen Umständen dazu, zur Magenöffnung zu schreiten. Da die erste Operation erfolglos blieb, so mußte eine zweite vorgenommen werden, und schließlich gelang es dem Chirurgen auch, das Radiumstückchen wieder herauszubekommen. Es hatte inzwischen aber schon eine Durchdringung der Magenwand herbeigeführt, und da die Patientin ein Versprechen des Arztes festhalten zu dürfen glaubt, so hat sie jetzt gegen Dr. Spinelli eine Klage wegen Körperverletzung angehängt.

## Die Lebensgabe der Hundertjährigen.

In Newyork feierten kürzlich zwei Hundertjährige, Mister John Stewar, der älteste unter den amerikanischen Bankiers, und Mr. Barr Spangler, der Präsident der Nationalbank von Lancaster in Pennsylvania, ihren 100. Geburtstag. Der dritte im Bunde der amerikanischen Hundertjährigen, Dr. Stephen Smith, der Begründer des amerikanischen Gesundheitswesens, war ein paar Wochen, bevor er sein 100. Lebensjahr vollenden sollte, gestorben. Alle drei stimmten in der Ueberzeugung überein, daß sie die Erreichung ihres hohen Alters einzig und allein ihrem mäßigen Leben zu danken hätten. Dr. Smith pflegte seiner Ueberzeugung in der folgenden Lieblingswendung Ausdruck zu geben: „Jeder, der vor dem hundertsten Jahre aus dem Leben scheidet, stirbt im wahren Sinn des Wortes an seinem Eßbesteck.“ Seine zehn Lebensregeln lauteten:

- Ich nur wenig Fleisch.
- Trinke so viel Milch, wie Dein Magen vertragen kann.
- Halte nach jeder Mahlzeit ein „Nickerchen“ von 10 bis 15 Minuten.
- Schlafe zehn Stunden.
- Schlafe bei offenen Fenstern, wenn 'es das Wetter halbwegs erlaubt.
- Rauche nicht!
- Ich keine Süßigkeiten.
- Vermeide den Alkohol und andere erregende Getränke.
- Hüte Dich vor dem Müßiggang, denn Mangel an Arbeit ist der erste Schritt zum Grabe.
- Befleißige Dich einer naturgemäßen Lebensweise.
- Auch John Stewart erklärt, daß viel essen so schädlich sei, wie viel trinken, Spangler versichert, er habe zeit seines Lebens am Tage nur zwei Mahlzeiten eingenommen.

**Eine amerikanische Verbrecherstatistik.** Wie wir dem „Dial. Korresp.“ entnehmen, hielt der amerikanische Richterbund dieser Tage seine Jahresversammlung in San Francisco ab; aus diesem Anlaß gab er einen Bericht heraus, der unter anderem auch eine Statistik über Anzahl und Verteilung der in den Vereinigten Staaten begangenen Verbrechen enthält. Der Bericht stellt fest, daß allein im vergangenen Jahre nicht weniger als 9500 Mordtaten begangen worden sind, bemerkt des weiteren, daß die jährliche Durchschnittszahl des letzten Jahrzehnts 9000 ist und daß in keinem Jahre seit 1910 weniger als 8500 Menschen von Mörderhand fielen. Diese ungewöhnlich hohe Zahl steht aller Wahrscheinlichkeit damit im Zusammenhang, daß man sich in den Vereinigten Staaten ohne besondere polizeiliche oder sonstige Genehmigung Schusswaffen nach Belieben verschaffen kann; auch gibt es kein Gesetz, das das Tragen von Schusswaffen verbietet. Bemerkenswert ist auch, daß über 90 vom Hundert der begangenen Mordtaten mit Taschenschusswaffen verübt wurden. Ganz erstaunlich haben die Einbrüche zugenommen: das Jahrzehnt von 1901 bis 1910 hatte nur den zwölften Teil Einbrüche zu verzeichnen! Die Zahl ist also auf 1200 Prozent

## Wochenschau.

**Polen.** In Lemberg hat am 23. Oktober vor dem Geschworenengericht der Prozeß gegen Fedak und seine 12 Genossen begonnen, die wegen des am 25. September vorigen Jahres in Lemberg auf den Staatsschef Bilsubski und den Lemberger Wojewoden Grabowski verübten Revolverattentats angeklagt sind. Die Angeklagten werden von 18 rutenischen Rechtsanwälten verteidigt und ihnen ein Dolmetscher beigegeben.

Am Tage des Begräbnisses des von der ruthenischen Kampfsorganisation erschossenen Redakteurs Twerdochlib wurde im Restaurant des Krakauer Hotels in Lemberg dem Redakteur des „Alban Kraj“ von einem Manne ein Brief überreicht, der in Todessteil enthielt. Der Brief war von der hajdomatischen Kampftruppe unterzeichnet und endete mit den Worten „Tod den Verrätern“.

In Warschau ist am 28. Oktober der Oberste Verwaltungsrat feierlich eröffnet worden.

Der ehemalige polnische Ministerpräsident Paderewski, den es nach der polnischen Königskrone gelüsten soll, hat das undankbare Europa verlassen und sich wieder nach Amerika begeben, um eine Konzert-Tournee zu beginnen.

In Kattowitz wurde ein Ausschuss für Angelegenheiten der Volksminderheiten geschaffen, zu dessen Vorsitzenden der Abgeordnete Korsantj gewählt wurde. Korsantj, der größte Feind der polnischen Minderheiten in Polen, als Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten dieser Minderheiten! Da ist wieder einmal der Hock zum Gärtner eingeseht worden.

Die französische Regierung hat beschlossen, Polen eine Anleihe von 400 Millionen Franken zu 5 Proz. Zinsen zu gewähren. Das Geld wird zur Deckung von in Frankreich zu machenden Ausgaben verwendet werden. Die Anleihe soll gewährt werden, wenn Frankreich tatsächliche und ausreichende Garantien erhält.

In Ostgalizien sind im Zusammenhange mit den sich daselbst immer wiederholenden Sabotageakten über 100 Personen verhaftet worden, darunter der Redakteur Fedorow der ukrainischen Zeitung „Dilo“. Den Mördern des Redakteurs Twerdochlib soll die Polizei bereits auf die Spur gekommen sein.

**Rußland.** Die Regierung des russischen Kaiserreichs in Ostasien mit der Hauptstadt Wladiwostok, wird von den roten Truppen der Sowjetrepublik des Fernen Ostens hart bedrängt. Die Sowjettruppen stehen dicht vor Wladiwostok. Die japanische Regierung hat sich zwar vertraglich verpflichtet, Wladiwostok zu räumen, doch weigert sich das japanische Militärkommando die Stadt

den Sowjets zu übergeben, angeblich weil daselbst Unruhen ausgebrochen seien, die eine Räumung verbieten.

Die Sowjets haben beschlossen, neues Papiergeld mit dem Datum 1923 herauszugeben. Ein Rubel dieses neuen Papiergeldes soll 1 Million Rubel vom Jahre 1921 gleich sein. Die Sowjetleute sind doch praktische Menschen. Sobald das kuffierende Papiergeld übermäßig entwertet ist, werden kungs einige Nullen gestrichen und neues „Geld“ mit hohem Zwangskurs ausgegeben. Daß dies nur auf Kosten der Staatsbürger geschehen kann, ist klar. Doch wozu braucht ein bolschewistischer Staatsbürger Geld? Das verhaßte Kapital ist ja der grimmigste Feind der Sowjets. Wir sehen, es geht auch so und — Sowjetrußland „lebt“.

Aus Tokio kommt die Nachricht, daß die Japaner die Stadt Wladiwostok geräumt und den Sowjets überlassen haben. Die Räumung Wladiwostoks kam den Japanern sehr ungelegen, doch mußten sie diesen ausgezeichneten Flottenstützpunkt im Fernen Osten unter dem Druck der Verhältnisse und höherer politischer Ziele wegen, opfern.

**Deutschland.** In Deutschland ist man einem neuen politischen Mordanschlag auf die Spur gekommen, der diesmal gegen den deutschen Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet war. Der Anschlag soll wieder von der berüchtigten Organisation „C“ ausgegangen sein, die auch den Rathenau-Mord auf dem Gewissen hat. Die im Gange befindlichen Untersuchungen werden geheim gehalten. Die Nachricht von dem geplanten neuen Mord hat natürlich in ganz Deutschland gerechte Empörung hervorgerufen.

Die Entente hat Deutschland einen Zahlungsausschub für die Ausgleichs-Reparationszahlungen bis Juli 1923 zugebilligt.

Im Reichstag ist ein Antrag über die Verlängerung der Tätigkeit des Reichspräsidenten Ebert bis zum 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen angenommen worden. Der Reichstag wurde darauf bis zum 7. November verlagert.

Die deutsche Regierung hat eine ganze Reihe bekannter ausländischer Finanzfachleute nach Berlin eingeladen, um mit ihnen über Maßnahmen zur Verhinderung des weiteren Marksturzes zu beraten. Unter den Geladenen befinden sich u. a. Prof. Keynes (England), Geheimrat Wasserling (Holland), Jenks (Amerika) und andere französische und italienische Fachleute. Diese Finanzleute werden ja wohl kaum etwas Neues zu sagen haben, als vielmehr immer wieder darauf hinzuweisen, daß die riesige Reparationsschuld Deutschlands vermindert werden muß und das

gestiegen! In fast allen Fällen waren die Einbrecher bewaffnet.

**Eine Maschine zur Zählung von Bienen.** Das entomologische Amt des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten wandte sich an das Maß- und Gewichtsammt mit der Bitte, eine Vorrichtung anzufertigen, die das Zählen der in den Bienenhäusern befindlichen Bienen ermöglche soll. Derselben Wunsch wurde Genüge geleistet. Die Bienenhäuser, deren Bienenzahl festgestellt werden sollte, wurden mit Doffnungen versehen, durch welche immer eine einzige Biene hindurchschlüpfen kann, und am unteren Teil dieses Ausgangs eine höchst empfindliche Waage angebracht, die jede, das Bienenhaus verlassende Biene selbsttätig verzeichnet.

**Säuglings- und Kleinkinderschule.** Wir verweisen auf die Annonce des deutschen Frauenvereins in Bydgoszcz betr. die Säuglings- und Kleinkinderklinik des Vereins. Diese musterghiltige sehenswürdige Anstalt besteht seit 1. Juli 1909. Es sind in ihr Tausende von Kindern durch sachgemäße Pflege und Behandlung der Genesung entgegengeführt worden. Anfragen werden jederzeit von der Anstaltsleitung Plac Koscielicki Nr. 3 beantwortet. Zu bemerken ist, daß Kinder nicht Aufnahme finden, die an übertragbaren Krankheiten wie Scharlach, Masern, Keuchhusten, Diphtherie usw. leiden.

**Millionuwka.** Bei der letzten Ziehung der 4 prozentigen Prämienstaatsanleihe wurde die Nr. 4,478,558 gezogen, die in Warschau verkauft worden ist.

### Polnische Börse.

	24. 10.	26. 10.	27. 10.
1 amer. Dollar	12150 m.	12250 m.	13475 m.
1 brit. Sterling	55300	58100	68000
1 franz. Franc	900	936	960
1 deutsche Mark	2.90	2.85	3.05

### Warschauer Getreidebörse.

(Preise netto).

für 100 Kilogramm ab Verladestation, falls nichts anderes vermerkt: Leinkuchen — 22000, Rapskuchen — 22600, Posener Hafer — 24,500, Wolhynischer Roggen franco Warschau — 24000, Wolhynischer Weizen — 40,000, Posener Weizen laut Probe — 41,000.

### Danziger Getreidebörse.

Roggen — 2000, Weizen — 5800, Gerste — 3,400, Hafer — 3,700, Erbsen — 4,500.

fehlt auch leg'en Endes die eigentliche Absicht der deutschen Regierung zu sein.

In Bayern macht sich bereits eine Regierungskrise bemerkbar. Die bayerischen Monarchisten (äußerste Rechte) wollen den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Grafen Berchthold stürzen, da er angeblich der Berliner Reichsregierung gegenüber allzu nachgiebig sein soll.

**England.** Der englische Staatsmann Bonar Law wurde vom Könige mit der Kabinettsbildung betraut, nachdem er zuvor von den Konservativen zu ihrem Parteiführer ernannt worden war. Die englische Zeitung „Observer“ schreibt dazu: Die erste und gleichzeitig die Hauptaufgabe der neuen Regierung muß die Regelung der auswärtigen Angelegenheiten sein. In erster Linie ist die Verständigung mit Frankreich die dringendste und wichtigste Angelegenheit, sodann die Regelung des Verhältnisses zu Rußland und der Türkei. England könne für Deutschland nichts tun. Das neue englische Kabinet hat folgende Zusammenstellung: Bonar Law — Ministerpräsident; Salisbury — Lord-Präsident, Baron Cave — Lord-Kanzler, Stanley Baldwin — Finanzen, Greine — Handel, Lord Curzon — auswärtige Angelegenheiten, Bridgeman innere Angelegenheiten, Sanders — Landwirtschaft, Devonshire — Kolonien, Lord Derby — Krieg, Boscaven — Gesundheit, Oberst Amory — Marine, Sir Samuel Hoare — Unterricht, Baron Mava — schottische Angelegenheiten, Peel — indische Angelegenheiten. Das neue Ministerium hat folgendes Programm: 1. Geringere Einmischung in kontinentalen Angelegenheiten; 2. Freundschaft mit Frankreich als Grundlage der künftigen Festlandspolitik Englands; 3. Einschränkung der auswärtigen Unternehmungen, namentlich im Orient; 4. Entwicklung der Ueberseemärkte, besonders in Kleinasien; 5. Rückkehr zur alten Tradition der bürgerlichen Regierung und Parteibildung; 6. Wiederherstellung der parlamentarischen Kontrolle über die Ausgaben.

**Amerika.** In Amerika wehren sich die Anziken dafür, daß die Regierung mehr als bisher in europäischen Angelegenheiten hervortreten beabsichtigt, und zwar sind es rein geschäftliche Rücksichten, von denen sich die Regierung leiten läßt. Amerikanische Petroleummagnaten haben auf der

Insel Sachalin und im Kaukasus von den Sowjets bedeutende Konzessionen erworben und andere amerikanische Industriekreise folgen ihrem Beispiel. Demnach ist ein großes Interesse Amerikas für europäische Wirtschaftsfragen zu erwarten.

**Rumänien.** In Rumänien hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet. Für die von den Arbeitsfeierlichkeiten zurückkehrenden Gäste wurden auf der Strecke Bukarest-Konstanza drei Schnellzüge abgelassen. Zwischen den Stationen Borubanda und Tuzita verlor die Lokomotive des ersten Zuges, der infolge dessen auf offener Strecke stehen bleiben mußte. Der Zug war durch Signale nicht gesichert. Nach wenigen Minuten brauste der zweite Zug heran und fuhr in den ersten hinein. Der Zusammenstoß war so heftig, daß vier Waggons des ersten Zuges überschleudert wurden. Bisher wurden 80 Tote und 25 Schwerverletzte unter den Trümmern gefunden. Von den Schwerverletzten sind dann noch weitere 6 Personen gestorben.

**Türkei.** Die geplante Orientkonferenz, die den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland wiederherstellen soll, wird am 13. November d. J. in Lausanne (Schweiz) stattfinden. Außer England, Frankreich und Italien sollen noch neben der Türkei und Griechenland, Südslawien, Sowjetrußland und Japan daran teilnehmen.



## K. Wihan

Inh. Em. Scheffler  
Lodz, Glusna 17.

Wir empfehlen der geehrten Kundschaft unser reichhaltiges Lager zu besichtigen, bevor Sie Ihren Bedarf an

Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben decken.

Kein Kauf ohne Probe! Besondere Bedienung. Größtclassige Verarbeitung vorz. eig. we. anvertr. Stoffen.

Druck: Verlags-Gesellschaft „Lodzer Freie Presse“  
m. b. H., Petrikauer Straße 86.  
Leiter: Dr. E. von Behrens.

## Säuglings- u. Kleinkinderschule des deutschen Frauenvereins in Bydgoszcz (Bromberg).

Aufnahme kranker und pflegebedürftiger Säuglinge und Kleinkinder jederzeit auf vorhergehende Anfrage **Piao Kosciolockich Nr. 3.**

## „Die Warte“

Der von den Deutschen in Polen gerne-  
lesene Kalender ist für 1923 erschienen.

Er bringt auf 160 Seiten eine  
Fülle von Unterhaltungsstoff be-  
lehrender Artikel und zahl-  
reiche Illustrationen.

Vorzugspreis bis 15. November Mk. 600  
Danach wegen Geldentwertung „ 750  
— Wiederverkäufern Rabatt. —

Bestellungen erbittet

51

Das Verlagshaus „Kompas“  
Lódz, Nawrot Nr. 26.

## Spargelder

verlassen wir

bei täglicher Kündigung mit 6%

• 6-wöchentl. „ 10%

• 1-jährl. „ 12%

• längerer Kündigung nach Vereinbarung

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen  
H. G.

Lodz, Mleje Kosciolocki 45/47.

89

## An unsere Leser!

Wir bitten alle geschätzten Leser unseres Blattes, die mit ihren Abonnementsbeträgen im Rückstande sind, um sofortige Zahlung derselben, damit eine Unterbrechung in der Zustellung des Volksfreundes verhütet werden kann.

Ohne Striche abzutrennen und als Stimmzettel zu verwenden.

16

16

16